Das Gespräch

Rudolf Richter*

„Wir Ökonomen haben versucht, wie Physiker zu arbeiten – eine ungeheure Selbstüberschätzung“

Ein Gespräch über die Rolle von Netzwerken in Aufholprozessen wie in Ostdeutschland, die Europäische Währungsunion, die Finanzkrise und das Selbstverständnis des Faches

<https://doi.org/10.1515/pwp-2019-0015>

PWP: Herr Professor Richter, es ist nun dreißig Jahre her, dass die Mauer fiel. Sie sind in Leipzig aufgewachsen. Wie blicken Sie heute auf Ostdeutschland und auf die Integration der sogenannten neuen Länder in die bundesrepublikanische Wirtschaft?

Richter: Die deutsche Wiedervereinigung war eines der größten und faszinierendsten Experimente in Politik und Wirtschaft überhaupt. Eine ehemals kommunistische Wirtschaft in eine Marktwirtschaft zu überführen, ist keine Kleinigkeit. Wichtig war dabei, dass die Privatisierung rasch vonstattenging, damit es zu einer Neuausrichtung der Betriebe und zu Investitionen kommen konnte. Und das tat sie: Von wohl mehr als 12.000 staatlichen Unter-

nehmen, die es 1990 gab, waren die meisten bis Ende 1994 verkauft. Aber gleichzeitig galt es ja die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen und die Menschen durch Schulungen und Umschulungen beschäftigungsfähig zu machen.

PWP: Mittlerweile hat die Produktivität in Ostdeutschland 80 Prozent des Westniveaus erreicht. Das kann man durchaus schon als Erfolg verbuchen. Aber dennoch stellt sich die Frage: Warum ist das Aufholen so langwierig?

Richter: Grundsätzlich ist das nichts Ungewöhnliches. Alle Erfahrung zeigt, dass ärmere Regionen zu reicheren Regionen nicht schneller als um jährlich 2 bis 3 Prozent aufzuholen vermögen. Man braucht da eine Menge Geduld – und vor allem die geeigneten Rahmenbedingungen. Was den tieferen Grund angeht, weshalb dieser Prozess so lange dauert: Dazu muss ich ein bisschen ausholen. Man muss wissen, dass Ostdeutschland einmal ein

*Kontaktperson: Rudolf Richter, Universität des Saarlandes, Saarbrücken, E-Mail: r.richter@mx.uni-saarland.de

industriell hochentwickeltes Gebiet war. Was früher einmal Mitteldeutschland genannt wurde, gehörte einst zu den produktivsten Teilen Deutschlands. Bayern zum Beispiel, das heute im Westen als wirtschaftlich hoch erfolgreich gilt, war damals im Vergleich weit abgeschlagen. Deswegen kann es auch kaum verwundern, dass der Osten nicht etwa wegen eines technologischen Rückstandes seit der deutschen Teilung und bis heute, wenn auch nicht mehr ganz so drastisch, hinter dem Westen hinterherhinkt. Am Wissen lag es nicht. Die Physiker und die Ingenieure im Osten zum Beispiel waren schließlich kein Stück weniger intelligent als im Westen. Im Osten bestand ihr Problem darin, dass es kein Material gab; dass man nicht importieren durfte, was man nicht selber herstellen konnte; dass die politischen Auflagen lähmend waren. Es war alles nur ein Behelf. Nun sind die Deutschen in der Regel ja gut darin, sich zu helfen und zu improvisieren.

PWP: Aber?

Richter: Das Wirtschaftsleben hängt stark von informellen Dingen ab, von Sitten und Gebräuchen einerseits, von Netzwerken andererseits. Das Problem Ostdeutschlands waren die Netzwerke. Die Netzwerke, die in der DDR für das Wirtschaftsleben notwendig waren, unterschieden sich wesentlich von den früheren Netzwerken im Deutschen Reich und ebenso von jenen in der Bundesrepublik. Zum Teil kopierten sie politische Seilschaften und waren wirtschaftlich nicht produktiv. Und das Problem ist: Wenn ein Netzwerk erst einmal zerstört ist, dann dauert es lange, es wieder instand zu setzen.

PWP: Was meinen Sie genau mit Netzwerken?

Richter: Ich meine vor allem den spontan entwickelten, losen Verbund von Geschäftsfreunden, die miteinander Wissen, Erfahrungen, Beziehungen zu Lieferanten und Kunden aufbauen und teilen. Hierzu sind die Arbeiten von Mark Granovetter von größter Bedeutung¹. Geschäftsfreunde spielen im praktischen Wirtschaftsleben eine große Rolle. Das sind natürlich nicht immer wirklich persönliche Freunde; manchmal sind sie sogar richtig ekelhaft zu einem. Aber man kennt einander; man weiß, wem man vertrauen kann. Schon der Zweite Weltkrieg hat in diesem Stoff der Geschäftsbeziehungen in Ostdeutschland viele Löcher gerissen. Dabei hat der Krieg „nur“ sechs Jahre und die ganze Hitler-Zeit gerade einmal 12 Jahre gedauert, die

DDR aber gab es von 1949 bis 1990, also gut 40 Jahre. In einer derart langen Zeit lässt sich viel Schaden anrichten, und es dauert sehr lange, ihn zu heilen. Daher ließ sich nach der Wiedervereinigung auch nicht so leicht an frühere Verbindungen anknüpfen, einfach weil die ehemaligen Geschäftspartner nicht mehr lebten oder weil andere Generationen am Ruder waren. Das muss man einfach bedenken, wenn man beklagt, dass sich der Osten ökonomisch heute noch immer schwertut. Auch Ideologien spielen eine Rolle. Ideologien sind wie Religionen sehr festsitzend. Die lange Isolation des Ostens wirkt bis heute nach.

PWP: Was bedeuteten die fehlenden Netzwerke konkret?

Richter: Kurz zusammengefasst: Man hatte im Osten durchaus eine Menge technologisches Wissen und auch eine gute unternehmerische Mentalität, man konnte damit aber nicht so viel anfangen, weil man eben eingesperrt war. Nehmen Sie das Beispiel der Automobilindustrie. Dass deutsche Autos gut sind, war schon in der Zwischenkriegszeit in aller Welt bekannt. Aber der Trabi, der dann in der DDR das Licht der Welt erblickte – er war nun einmal kein Mercedes. Der Trabi – das war ja der alte DKW („das kleine Wunder“), nur dass er mangels normalen Benzins ganz fürchterlich stank. Dieser Trabi konnte auf dem Weltmarkt nicht reüssieren; auch der Wartburg nicht.

PWP: Gibt es denn etwas, was man auf der Grundlage dieses Befundes nach der Wende politisch hätte anders machen sollen?

Richter: Ich denke, man hätte auf jeden Fall weniger naiv an die Wiedervereinigung herangehen müssen und sich nicht so vielen Illusionen darüber hingeben dürfen, dass die Investoren schon Schlange stehen für Ostdeutschland. Zum Beispiel schien sich niemand richtig im Klaren zu sein darüber, wie veraltet der Maschinenpark war. Das meiste stammte ja noch aus den zwanziger und dreißiger Jahren. Aus dieser Zeit stammte übrigens auch meine Schreibmaschine, die mir mein Vater geschenkt hatte, eine alte, schwere „Orga“, die ich eigenhändig in den Westen geschleppt habe. Es gab ja hier nichts, vor der Währungsreform. Die Orga jedenfalls donnerte ganz fürchterlich; meine Zimmerwirtin konnte nicht einschlafen, wenn ich des Nachts meine Doktorarbeit darauf schrieb.

PWP: Gestatten Sie, dass wir noch einmal nachhaken: Worin genau lag denn konkret der Fehler in der politischen Art und Weise, wie man versucht hat, die neuen Länder wirtschaftlich zu integrieren?

¹ Zum Beispiel Granovetter, M. (1973), The strength of weak ties, *American Journal of Sociology* 78, S. 1360–80.

Richter: Das ist schwierig. Wir stehen heute ja gegenüber den südlichen Mitgliedstaaten Europas wieder vor derselben Art von Problem: gleiche Währung, ungeheure Produktivitätsunterschiede. Auf dem Weltmarkt für Industrieerzeugnisse kann ein Land wie Griechenland unmöglich auf Augenhöhe konkurrieren. Das Konzept des gemeinsamen Marktes in Europa war auch ursprünglich gar nicht so umfassend gedacht. Es ging vor allem erst einmal darum, die Landwirtschaft zu fördern. Es herrschte Hunger nach dem Krieg; also musste man etwas tun. Für die ganze Breite der gesamtwirtschaftlichen Produktion, insbesondere die industrielle, sind die Anforderungen ganz andere. Wenn man so will, kann man vielleicht sagen: Im Fall der Europäischen Währungsunion genau wie im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung hat die Politik vorab viel zu wenig unternommen, um die weit auseinanderklaffenden Produktivitätsniveaus anzugleichen. Ostdeutschland hätte die Ost-Mark noch eine Weile behalten müssen. Auch der Umstellungskurs 1:1 war ein Fehler.

PWP: Was würden Sie denn raten, was man heute mit denjenigen ostdeutschen Regionen tun sollte, in denen die Industrie nicht mehr präsent ist, weil die bestehenden Einrichtungen vom technischen Fortschritt restlos überholt worden sind und es der Politik nach der deutschen Einheit nicht gelungen ist, dort etwas Neues anzusiedeln? Am Ende doch nur passive Sanierung? Und wenn ja, fürchten Sie nicht, dass das gesellschaftlich allzu riskant und mithin politisch unklug wäre?

Richter: Das beste Beispiel dafür, wie man mit technologischem Fortschritt und dem sich dadurch vollziehenden Strukturwandel umgeht, sind die Vereinigten Staaten. Schauen Sie nach Kalifornien, auf das Silicon Valley. Das war einmal eine reine Agrarlandschaft, ein Obstanbaugebiet. Es gab dort zwar schon länger eine Universität, die Stanford University, vom Eisenbahnmagnaten Leland Stanford 1891 nach dem Vorbild Humboldts gegründet. Doch die Universität – heute die schönste und am besten ausgestattete Universität, die ich kenne – war seinerzeit noch nicht wirklich ein Magnet. Den Ausschlag dafür, dass dort ein Silicon Valley mit globaler Ausstrahlung entstehen konnte, gaben die wirtschaftlichen Freiheiten. Entscheidend war, dass eine innovative Entwicklung zugelassen wurde, dass neue Ideen ihren Weg finden konnten. Eine Politik, die derart restriktiv und wirtschaftsfeindlich ist wie insbesondere die gegenwärtige Umwelt- und Klimapolitik hier in Deutschland, steht dem entgegen. Das belastet den Osten.

PWP: Sie halten die gegenwärtige Umwelt- und Klimapolitik für verfehlt?

Richter: Man spricht im Zusammenhang von Umwelt und Klima mit Garrett Hardin oft von der „Tragödie der Allmende“², also der fatalen Übernutzung von Gemeingütern. Unabwendbar ist sie allerdings nicht. Man muss nur auf die Übernutzung mit einer Zugangsregulierung reagieren, und das kann in solchen Fällen von globaler Bedeutung nur der Staat leisten. Aber liegt denn wirklich eine Übernutzung natürlicher Ressourcen vor? Ich persönlich weiß das nicht, aber diese Frage muss man sich schon stellen. Es gehört zu den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Methodologie, dass man sich darüber im Klaren sein muss, niemals abschließende Wahrheiten vorfinden zu können. Darum sollte man auch keinerlei Behauptungen von vornherein für solche Wahrheiten halten, sondern alles bezwei-

² Hardin, G. (1968), The tragedy of the commons, *Science* 162, S. 1243–48.

feln. Es wird nicht verifiziert, sondern falsifiziert. So hat es uns Karl Popper gelehrt.

PWP: *Wenn wir schon beim Zweifeln sind – wenden wir uns dem Thema Geld und Währung zu, das für Sie lange im Zentrum Ihrer Forschung stand. Sie haben Anfang der neunziger Jahre mit gut 60 weiteren Personen ein Memorandum mit dem Titel „Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe“ unterzeichnet. Würden Sie heute sagen, man hätte auf die Währungsunion verzichten sollen?*

Richter: Nein, das nicht. Sie war der Preis der deutschen Einigung. Kein deutscher Politiker hätte sie verhindern wollen und können. Aus ökonomischer Sicht brauchte kein Mensch die Währungsunion. Eine Freihandelszone funktioniert mit unterschiedlichen Währungen bestens. Aber die Franzosen legten nun einmal großen Wert darauf, dass die D-Mark nicht zur dominanten Währung werden sollte. Heute ist es der Euro, der Deutschland wieder eine wirtschaftliche Führungsposition verleiht, und Deutschland soll dafür sorgen, dass die Einrichtung nicht auseinanderbricht, die dafür geschaffen wurde, es unter Kontrolle zu halten. Darin steckt schon eine gehörige Ironie des Schicksals.

PWP: *Sie haben kürzlich in einem Aufsatz geschrieben, der Maastricht-Vertrag über die Europäische Union sei, in institutionenökonomischer Ausdrucksweise, ein unvollständiger relationaler Vertrag im Gewand eines vollständigen Vertrags³. Man könne ihn nicht wortgenau anwenden. Wieso?*

Richter: Die Schwierigkeit besteht darin, dass man die Zukunft nicht kennt. Das gilt ja fast überall im Leben und besonders natürlich auch im politischen Zusammenhang. Und eben im Zusammenhang mit einer Währungsunion. Es fehlte nicht nur an Erfahrung, sondern es liegt in der Natur der Sache, dass immer neue Probleme aufkommen, die man beim besten Willen nicht vorhersehen kann. Das bedeutet, dass man künftige Probleme auch nicht etwa im Vorhinein schon mit einer rechnerischen Wahrscheinlichkeit verbinden und berücksichtigen kann. Wir leben in einer nicht-ergodischen Welt. Man kennt ja noch nicht einmal die stochastischen Variablen und die möglichen Ausprägungen, die sie irgendwann einmal annehmen können. Das macht die fundamentale Unsicherheit aus, genauer: die Ungewissheit, von der schon in den zwanziger Jahren Frank Knight und etwas später dann auch auf meis-

terliche Weise John Maynard Keynes sprachen⁴. Und deshalb gibt es keine vollständigen Verträge; man muss sich eben mit unvollständigen Verträgen behelfen. Es bleibt immer etwas offen. Man ist sich aber immerhin einig, dass man sich, wenn Probleme auftauchen, wieder zusammensetzt und sie zu lösen versucht. Man ist sich nur grundsätzlich einig, nicht aber im Detail. Und das gilt auch für die Europäische Union und für die Währungsunion: Das ist sozusagen ihr Zweck. Man muss und man soll sich immer wieder von neuem einigen. Institutionenökonomisch gesprochen heißt das: Statt weiter auf Märkten Transaktionen abzuschließen, gründet man eine Firma. Das ist der Hintergrund.

PWP: *Und was ist das „Gewand eines vollständigen Vertrags“, das eigentlich nicht passt?*

Richter: Der Maastricht-Vertrag ist doch ungeheuer komplex und kompliziert. Ich persönlich hätte ihn niemals abgeschlossen! Um ihn so vollständig zu machen, wie es geht, hat man darin genau festgehalten, was geschieht, wenn ein Land die Stabilitätskriterien nicht einhält: ein Anwendungsfall des Zeit-Zustands-Präferenz-Modells von Arrow und Debreu⁵. Schon die Kriterien sind ganz präzise beziffert. Wenn ein Land über das vereinbarte Niveau hinaus Schulden macht, steht nicht nur eine neue Runde der Verhandlungen mit den Partnern an, sondern es ist schon klar ausbuchstabiert, dass es Strafe zahlen muss, und sogar genau wieviel. Ich muss Geld dafür bezahlen, dass ich Schulden mache! Und am Ende muss ich dafür Schulden machen, dass ich das Schuldenmachen bezahlen kann! Das kann sich nur jemand ausdenken, der gewöhnt ist, in starren zentralistischen Regeln zu denken. Der Unterschied zwischen Ökonomie und Politik besteht darin, dass die Politiker anordnen, und wer nicht pariert, wird bestraft – doch die Ökonomen verhandeln. Das ist ein ganz anderer Denkstil. Besser wäre es gewesen, man hätte die automatische Disziplinierung durch die Märkte beibehalten. Wie auch immer, der Maastricht-Vertrag gaukelt jedenfalls eine Vollständigkeit vor, die es gerade auf diesem politischen Gebiet nicht geben kann. Es ist deshalb ganz unausweichlich, dass die Europäische Zentralbank ihr Mandat, für Preisstabilität zu sorgen, immer einmal wieder überschreiten muss.

³ Richter, R. (2017), *Reconsidering the independence of the European Central Bank*, *Credit and Capital Markets* 50(3), S. 267–79.

⁴ Knight, F. H. (1921), *Risk, Uncertainty, and Profit*, Boston und New York, Houghton Mifflin; Keynes, J. M. (1935), *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London, Macmillan.

⁵ Arrow, K. und G. Debreu (1954), *Existence of an equilibrium for a competitive economy*, *Econometrica* 22(3), S. 265–90.

PWP: In der Tat hat die Europäische Zentralbank die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Preissteigerung in der Nähe von 2 Prozent im Jahr bleibt. Sie sehen diese Grenze ohnehin kritisch, nicht wahr?

Richter: Ja, irgendwer hat da geschlafen. Insbesondere die Deutsche Bundesbank. Da vereinbart man Preisstabilität, und dann kommt der Zentralbankrat daher und definiert diese Preisstabilität in einem derart weiten Sinn, in dem das niemand gewollt hat. So war das niemals gedacht. Ich habe das mal ausgerechnet: Ich habe mittlerweile ein Viertel meiner Rentenzahlungen an Kaufkraft verloren. Das ist das Ergebnis. Wozu haben wir in Deutschland eigentlich die Indexierung verboten?

PWP: Ja, wozu?

Richter: Das Indexierungsverbot geht noch auf unsere freundliche Besatzungsmacht zurück, die uns ja seinerzeit die D-Mark ermöglicht hat, und zwar zu dem Zweck, dass sich die Notenbank ordentlich anstrengt, das Preisniveau stabil zu halten. Aber wie gesagt, unter Stabilität versteht man jetzt eine Preissteigerung von rund 2 Prozent. Das ist nicht nichts! Zur Begründung wird dann vorgebracht, unter anderem vom früheren Chef der Federal Reserve Bank, Ben Bernanke, man müsse von einer Preisentwicklung Abstand halten, die Gefahr läuft, in eine Deflation zu münden. Aber das ist reine Phantasie! Das ist überhaupt nicht empirisch und insofern Unseriosität in Reinkultur.

PWP: Eine Begründung für ein Inflationsziel von mehr als Null ist allerdings ja üblicherweise auch, dass es sogenannte Preisanpassungskosten oder „Menu costs“ gibt, wie es Greg Mankiw ausgedrückt hat⁶: Man braucht ein bisschen Inflation, weil die Preise nach unten starr sind und deshalb sonst am Ende die Relativpreise nicht stimmen. Und wenn man die Geschichte der Bundesrepublik betrachtet, mit der Bundesbank: Null Prozent Inflation hatten wir da auch selten.

Richter: Ja, aber nicht, weil die Bundesbank das so wollte. Und diese Geschichte mit den „Menu costs“, das ist Mumpitz. Das ist einfach haarsträubend.

PWP: Was heißt das denn? Und was folgt daraus?

Richter: Es folgt daraus, dass die Notenbanken vor allem das Geld knapp halten müssen. Das Problem ist ja, dass wir einen Papierstandard haben, und zwar einen internationalen Papierstandard. Den hatte sich seinerzeit ja auch Knut Wicksell gewünscht, und das schon vor dem Ersten Weltkrieg, in dem sich alle totschlügen. Er wusste, dass Verhandlungen notwendig sein würden, um einen internationalen Papierstandard zu bekommen, aber er beurteilte das als etwas Positives, als etwas uneingeschränkt Gutes, wenn Nationen miteinander verhandeln müssen, statt Kriege zu führen. Das war sein Ansatz. Doch was haben wir jetzt? Der Dollar ist eine Leitwährung, die den Amerikanern erlaubt, aufgrund irgendwelcher defizitären ökonomischen Theorien zu bestimmen, was hier bei uns mit den Zinsen passiert. Die ganze letzte Finanzkrise in den Vereinigten Staaten war ein einziger Offenbarungseid der Ökonomie. Das war so ungefähr das Schlimmste, was passieren konnte.

PWP: Für die Wirtschaft, für das Land?

Richter: Ja, beides, aber ich meine jetzt gerade vor allem das Fach. Was hat man sich da nicht alles eingebildet. Wir Ökonomen haben versucht, wie Physiker zu arbeiten – eine ungeheure Selbstüberschätzung. Wir gehen in diesem Fach mit sehr schwierigen Fragen in einer geradezu fantastischen Leichtigkeit um, die völlig unangemessen ist.

PWP: Inwiefern?

Richter: Viele Vertreter unseres Fachs haben die fundamentale Ungewissheit nicht ernst genommen, also die von mir nun schon mehrfach erwähnte Tatsache, dass man nicht einmal weiß, was man nicht weiß. Wenn man diese Tatsache nicht berücksichtigt, dann kann man zwar hochgestochene Modelle konstruieren, aber man hat von der Wirklichkeit nichts verstanden. Und dann kann es eben geschehen, dass keiner ahnt, dass eine große Krise auf uns

⁶ Vgl. Mankiw, G. N. (2000), *Makroökonomik*, Stuttgart, Schäffer-Poeschel, Kapitel 7 und Mankiw, G. N. (1985), Small menu costs and large business cycles: A macroeconomic model of monopoly, *The Quarterly Journal of Economics* 100(2), S. 529–38.

zukommt – was die britische Königin im Nachgang völlig zu Recht kritisch fragend angemerkt hat. Was haben die Ökonomen da herumgestammelt!

PWP: *Das bringt uns zu der Frage, wie Ökonomen denn eigentlich arbeiten sollen.*

Richter: Ich denke, es bedarf einer gesunden Mischung der verschiedenen Ansätze unserer Disziplin. Wir neigen viel zu sehr zur Polarisierung und zur gegenseitigen Ausgrenzung, auch in der Wissenschaft. Da gibt es auf der einen Seite die Neoklassiker, zu denen ja seit der neoklassischen Synthese Paul Samuelsons auch Vertreter diverser keynesianischer Ansätze zählen, und auf der anderen Seite die vehementen Anti-Neoklassiker. Die Neoklassik mit ihren walrasianischen Systemen und dem mathematischen Marginalkalkül mag wohl in manchen Anwendungsfällen zu kurz greifen, aber sie ist wichtig, man muss sie nur richtig benutzen und nicht restlos alles darauf setzen. Es ist falsch, das eine gegen das andere in Stellung zu bringen. Aber für diese abgewogene Erkenntnis habe ich selber ehrlich gestanden einen sehr langen Weg zurücklegen müssen. Ich bin immer stark von den Naturwissenschaften angezogen gewesen und kam von dort zur Ökonomie. Ich habe mich immer als mathematischer Ökonom betrachtet. Die Idee von Walras, eine Theorie des Wirtschaftslebens mit den gleichen mathematischen Mitteln zu entwickeln, die Newton für seine Himmelsmechanik benutzt hatte, fand ich überaus attraktiv. Noch die These meiner Antrittsvorlesung an der Universität des Saarlandes lief darauf hinaus, dass man Ökonomik eigentlich als Anwendung der Physik auf wirtschaftliche Fragen betreiben muss. Doch die Hoffnung, dass das sinnvoll sein und neue Einsichten liefern könnte, hat sich für mich mittlerweile absolut zerschlagen.

PWP: *Also müssen Ökonomen doch nicht so viel rechnen, wie es heute üblich ist?*

Richter: Doch. Es geht nicht anders. Wirtschaft hat immer mit Rechnen zu tun. Zumindest im Kleinen. Im Großen wird es mit dem Rechnen dann schwierig.

PWP: *Wie würden Sie kurz zusammenfassen, was die Ökonomik für ein Fach ist?*

Richter: Die Ökonomik handelt vom Wohlstand der Nationen, seinen Ursachen und seiner Verteilung auf die Einzelnen. Sie ist deshalb eine Wissenschaft, die sich mit den materiellen Interessen der Einzelnen und ihrer inneren Dynamik befasst – einem theoretischen Problem komplex dynamischer Anpassungsfähigkeit, das sich allenfalls

durch geeignete computergestützte Rechenbeispiele illustrieren lässt oder mit historischen Erfahrungen unterlegt werden kann, das sich jedoch nicht durch die Ergebnisse ökonometrisch gestützter dynamischer Modelle lösen lässt. Letztlich verfügen wir über keinen handfesten Beweis der Widerspruchsfreiheit und Stabilität einer Wirtschaft. Die Wirtschaftstheorie steht insofern auf ideologisch schwankendem Boden.

PWP: *Was meinen Sie damit?*

Richter: Wer das Fach vertritt, muss ideologisch Farbe bekennen: Nach meinem liberalen Verständnis ist Wirtschaftstheorie der erklärende Teil der Wirtschaftswissenschaft – einer Realwissenschaft, die die Verfügung der Einzelnen einer freien Gesellschaft über knappe Güter und deren Tausch über offene und freie Märkte zum Gegenstand hat. Auch Keynes und die ‚Keynesianer‘ denken in diesem Stil. Was sie bezweifeln (und auch ich früher bezweifelte) ist, dass Vollbeschäftigung ohne staatliche Interventionen realisiert werden kann. Unabhängig davon ist die Ökonomik ein eminent politisches Fach, denn das wirtschaftliche Glück oder Unglück der Einzelnen hängt immer in starkem Maße von den Entscheidungen derjenigen ab, die auf den sozialen Rahmen der nationalen Wirtschaften irgendwie Einfluss nehmen. Das sind die Politiker und intellektuellen Führungskräfte aller Nationen.

PWP: *Sie haben sich in den achtziger Jahren sehr klar der Institutionenökonomik zugewandt, wo nicht ganz so viel gerechnet wird, anfangs noch mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der Geldtheorie. Trifft der Eindruck zu, dass Sie der deutschen Ordnungstheorie hingegen nicht ganz so viel Interesse entgegenbrachten, dass Ihnen diese vielleicht sogar zu ideologisch erschien?*

Richter: Da habe ich meine Meinung geändert. Die Ordnungstheorie in der Ausprägung der Freiburger Schule knüpft aus meiner Sicht an den Erkenntnissen von David Hume an, dem klar war, dass die Menschheit von der Natur zu schlecht ausgerüstet ist, um sich gegen die Ungewissheit des Lebens behaupten zu können. Deswegen bedarf der Mensch der Regeln. Und zu diesen Regeln gehören Dinge wie der Schutz des privaten Eigentums, die Vertragsfreiheit und das Haftungsprinzip. Allerdings war es in meinem Fall so und dürfte auch für viele andere Menschen zutreffen, dass man die Ordnungstheorie erst richtig versteht, wenn man die sehr klar strukturierte Konzeptwelt der Institutionenökonomik in sich aufgenommen hat. Lesen Sie doch mal Eucken! Das ist ein ziemliches Geschwafel. Damit kann man doch nichts anfangen.

PWP: Und inwiefern ist das in der Neuen Institutionenökonomik besser?

Richter: Auch sie liefert uns eine rationale Begründung für die Ordnung einer freien Marktwirtschaft. Aber methodisch erinnert da doch immerhin so einiges an Walras und sein System. Ronald Coase zum Beispiel, der als erster Ökonom den allzu vereinfachenden Grundannahmen der Neoklassik wie der Abwesenheit von Transaktionskosten, der vollständigen Rationalität und der vollkommenen Voraussicht die ihnen gebührende kritische Aufmerksamkeit geschenkt hat, zeigt in einem seiner berühmten Aufsätze, warum es für manche Transaktionen Märkte gibt und warum andere wirtschaftliche Vorgänge stattdessen innerhalb einer Firma abgewickelt werden⁷. Ich bezog mich vorhin im Zusammenhang mit der Währungsunion auf diesen Ansatz. Er erlaubt Coase, die Existenz von Unternehmen zu erklären; eine Frage, auf die ausgerechnet die Wirtschaftswissenschaft neoklassischer Ausprägung bis dahin keine richtige Antwort hatte. Coase bleibt dabei aber innerhalb des neoklassischen Paradigmas. Er verlässt diese Ebene nicht, aber er erweitert und ergänzt sie. Ich bin vom analytischen Nutzen des neuen Denkstils, den Coase geprägt hat und den ich etwa gegen Ende der siebziger Jahre für mich entdeckte, zutiefst überzeugt.

PWP: Was ist denn das Problem mit einem nicht solchermaßen erweiterten neoklassischen Ansatz?

Richter: Per se gar nichts. Aber wenn Sie im ganz strikten, engen, also nicht erweiterten Sinne Neoklassik betreiben, dann müssen Sie immer maximieren. Eine Produktionsfunktion zum Beispiel können Sie nur maximieren, wenn Sie wissen, ob Sie das Zeug, das Sie produzieren, auch tatsächlich verkaufen können. Sie müssen in die Zukunft schauen können. Wenn Sie davon ausgehen, dass die Zukunft nicht nur unsicher, sondern ungewiss ist, dass also echte Ungewissheit besteht, wenn Sie absolut nicht wissen, was passiert, dann stehen Sie erst einmal da. Sie können natürlich Annahmen treffen. Aber genau genommen können Sie das nicht. Denn Sie wissen gar nichts. Dessen müssen Sie sich bewusst sein. Trotzdem ist es interessant, so zu arbeiten. Aber man muss um die Begrenzungen dieses Ansatzes wissen. Er stellt im Grunde genommen nur eine Hilfskonstruktion dar. Aber das ist auch in Ordnung. Hilfskonstruktionen werden überall genutzt.

PWP: Worin liegt für Sie die Bedeutung des Coase'schen Ansatzes? Nur in der Erklärung, warum es Unternehmen gibt?

Richter: Nein, natürlich nicht, es ist viel mehr als das. Es ist, wie gesagt, ein ganz anderer Denkstil, der sich vor dem Hintergrund der fundamentalen Ungewissheit radikal von der Vorstellung verabschiedet, man könne die Wirtschaftswissenschaft wie ein Physiker betreiben. Und es ist auch nicht nur Coase, der den Blick geweitet hat, sondern wir verdanken unter anderem auch Douglass C. North und Oliver Williamson sehr viel, mit ihrem Hinweis auf die Bedeutung von Institutionen und Governance-Strukturen, von historischen Pfadabhängigkeiten, von Vertragsgestaltungen, von Kultur, Mentalitäten und Überzeugungen. Überlegen Sie zum Beispiel einmal, warum es für viele Güter keine Terminmärkte gibt. Für Zahnbürsten, Handschuhe und ähnliche Konsumgüter gibt es sie nicht. Selbst für Automobile gibt es sie nicht. Eigentlich gibt es sie nur für ein paar wenige Massenprodukte wie Getreide, zum Beispiel Weizen. Warum? Eben wegen der Ungewissheit. Es liegt daran, dass ich nicht weiß, was alles geschehen kann. Und wenn ich Terminabschlüsse anstrebe, muss ich spezifizieren, was wann gelten soll. Ich muss ein Zeit-Zustands-Denken im Arrow'schen Sinne anwenden. Aber das geht nicht. Und wenn das nicht möglich ist, was dann? Dann gründe ich eine Unternehmung und stelle jemanden ein, der seine persönliche Vorstellung davon hat, was die Zukunft wohl bringen könnte. Unternehmungen sind Einrichtungen, die zum Spekulieren geschaffen worden sind.

PWP: Zum Spekulieren?

Richter: Aber ja. Zum Spekulieren auf die Zukunft. Außerdem sind Unternehmungen in der Lage, „corriger la fortune“ zu betreiben. Mit Werbung kann eine Firma versuchen, das Glück zu ihren Gunsten zu wenden. In Pferderennen zum Beispiel ist das verboten, im Wirtschaftsleben jedoch ist dergleichen erlaubt. Die Unternehmung ist ein fantastisches Ding. Sie ist die Einrichtung, die erlaubt, mit der Ungewissheit fertig zu werden. Wenn man diesen institutionenökonomischen Denkstil annimmt, dann begreift man auch rasch, weshalb manche Unternehmungen den Leuten, die sie in Führungspositionen einstellen, teilweise so hohe Gehälter bieten. Diese Gehälter sind nicht unanständig hoch. Und ich brauche auch keine Turnier-Theorien⁸, um ihre Höhe zu begründen. Es sind vielmehr

⁷ Coase, R. (1937), The nature of the firm, *Economica* 16(4), S. 386–405.

⁸ Lazear, E. P. und S. Rosen (1981), Rank-order tournaments as optimum labor contracts, *Journal of Political Economy* 89(5), S. 841–64.

schlicht spekulative Gehälter. Man spekuliert auf das Gelingen einer Strategie, von der jemand behauptet, sie werde Erfolg haben. Etwas anderes ist das nicht. Zum Teil sind das Fantasiebeträge. Mit der Produktivität im engeren Sinne, wie beim Hufschmied, der mit dem Hammer einen Nagel ins Hufeisen des Pferdes einschlägt, hat das nichts zu tun. Sehr viel aber hat es mit dem Einsatz von Ressourcen in Aktivitäten mit unsicherem Ergebnis zu tun.

PWP: *Sie haben sich sehr um die Verbreitung der Institutionenökonomik in Deutschland verdient gemacht. Wie sind Sie eigentlich auf die schöne Idee gekommen, eine Summer School für Institutionenökonomik zu organisieren – die erste Summer School dieser Art?*

Richter: Das habe ich mir von den Physikern abgeschaut. Ich wollte damit in erster Linie etwas für die Modernisierung und Internationalisierung der Wirtschaftstheorie institutionenökonomischer Richtung in Deutschland tun. Ein Nebenzweck war es, gute junge Leute zu finden, die Beiträge zum Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE) liefern oder begutachten konnten, für das ich die Herausgeberschaft übernommen hatte. Die von mir organisierten Symposien auf dem Saarbrücker Halberg und später die sogenannten Wallerfangen-Konferenzen

dienten dazu, überhaupt erst einmal genauer in Augenschein zu nehmen, was es denn mit der Neuen Institutionenökonomik auf sich hatte. Aber die Summer School brauchte ich neben allem fachlichen Interesse und der Sorge um die wissenschaftliche Anschlussfähigkeit der deutschen Hochschulen schlicht dazu, um eine Mannschaft für die Zeitschrift zusammen zu bekommen. Die meisten dieser jungen Leute sind später dann auch selber Hochschullehrer geworden. Die waren wirklich gut, und wir haben intellektuell sehr bereichernde Momente miteinander verbracht.

Das Gespräch führten Justus Haucap und Karen Horn. Rudolf Richter wurde von Wonge Bergmann fotografiert, Karen Horn von Beatriz Barragán.

Zur Person

Wachstum, Geld und Institutionen

Rudolf Richter

Eigentlich hatte er Medizin studieren wollen. Doch der Zweite Weltkrieg durchkreuzte diese Pläne des 1926 geborenen Mannes aus einer Leipziger Unternehmerfamilie, die in verschiedenen Städten Sachsens das „Haus der Hüte“ betrieb, ein Spezialgeschäft für die Fertigung und den Verkauf von Damen- und Kinderhüten. Nach dem Zusammenbruch galt es vor allem erst einmal für die Familie wieder Boden unter die Füße zu bekommen, und das bedeutete, dass Rudolf Richter alsbald ein Studium beginnen sollte, mit dem er dann auch möglichst bald anständig Geld verdienen würde. Doch das wollten viele junge Leute damals; zehn bis zwölf Kriegsheimkehrer-Jahrgänge konkurrierten um knappe Studienplätze. Zudem dauerte das Medizinstudium in der Regel vier Semester länger als andere Studiengänge. Und weil Medizinstudenten im Krieg vom Dienst lange freigestellt blieben, war ausgerechnet der Ärztemarkt überproportional gut bestückt und die berufliche Aussicht mithin wenig vielversprechend. Pragmatisch griff Richter, der von Leipzig aus zusammen mit einigen Freunden im Winter 1945 illegal via Friedland über die Grenze in den Westen gegangen war, an der Universität Frankfurt/Main zu, wo er einen Studienplatz für Betriebswirtschaftslehre ergattern konnte.

Neben den Fächern seines Curriculums hörte er Vorlesungen in anderen Fächern, unter anderem in Philosophie bei Hans-Georg Gadamer, Max Horkheimer und Theodor Adorno. Auf dem Feld der Ökonomie prägte ihn vor allem Heinz Sauer mann, der als wichtigster Wegbereiter der Spieltheorie und der experimentellen Wirtschaftsforschung in Deutschland gilt und dessen Bemühungen um eine stärkere Wissenschaftlichkeit des Fachs durch den Einsatz der Mathematik Richters formalen Talenten entgegen kam. Für seinen betriebswirtschaftlichen Abschluss konnte er von einem Kommilitonen ein volkswirtschaftliches Thema für die Diplomarbeit ertauschen: „Die Bedeutung der Mindestreservesätze für die Geldpolitik“. Nach dem Abschluss schrieb er dann noch, mit Billigung und finanzieller Unterstützung durch den Vater im Osten, seine Doktorarbeit bei Sauer mann – binnen eines Jahres. Das Thema lautete „Die Verteilung der Nettoinvestitionen auf die Konsumgüter- und die Produktionsmittel-Industrie“ – was er zu einer originellen Verknüpfung der Spiethoff'schen Theorie der Produktionsstufen mit dem Clark'schen Akzelerationsprinzip nutzte. Nach

dem Abschluss der Doktorarbeit, die eine ansehnliche wissenschaftliche Kontroverse auslöste, arbeitete Richter, der ja rasch Geld verdienen wollte, ein halbes Jahr bei der AEG. Doch dann entschloss er sich zur Habilitation bei Sauer mann, der ihn mit der Möglichkeit eines Rockefeller-Stipendiums für die Vereinigten Staaten zu locken wusste. Für seine Arbeit wählte er abermals ein völlig anders gelagertes Thema, diesmal auf dem Feld des Wettbewerbs: „Das Konkurrenzproblem im Oligopol“.

Nach Erlangen der *Venia legendi* 1953 verwirklichte sich der Traum von Amerika. Mit dem Rockefeller-Stipendium in der Tasche reiste Richter nach New York, um bei George Stigler eine empirische Untersuchung zu seinem Habilitationsthema in Angriff zu nehmen. Doch das war, wie er in seinen Erinnerungen eingesteht, ein Schockerlebnis: „Meine Lücken auf dem Gebiete der Mathematik und Statistik erwiesen sich als viel zu groß, um sie leicht, sozusagen übers Wochenende, schließen zu können.“ Die Rockefeller-Stiftung entband ihn von seinem Projekt und ermöglichte ihm stattdessen zwei vertiefende Studien-

semester an der University of Michigan, der Harvard University und dem MIT. Richter besuchte Vorlesungen von Größen wie Wassily Leontief, Gottfried Haberler, Lawrence Klein, Edward Chamberlin, Kenneth Arrow, Paul Samuelson und Leonid Hurwicz – mit dem Effekt, dass er „für die theoretische Arbeit auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre ernsthaft Feuer“ fing. Zwar kehrte er nach Deutschland zurück, die Verbindung in die Vereinigten Staaten jedoch riss nie ab und beeinflusst die thematische wie auch methodische Ausrichtung seiner Arbeit bis heute.

Im Studienjahr 1956/57 war Richter Visiting Assistant Professor an der University of Michigan; 1959 wurde er außerplanmäßiger Professor an der Universität Frankfurt. Im Jahr 1961 erhielt er einen Ruf an die Universität Kiel; zwei Jahre später kam sein erstes, mikroökonomisches Lehrbuch heraus, zur Preistheorie. Im Herbst 1964 ging er nach Saarbrücken, an die Universität des Saarlandes, wo er einen Lehrstuhl für Nationalökonomie, insbesondere Wirtschaftstheorie bekam. Der Campus im Saarbrücker Stadtwald, eine ehemalige Kaserne, wurde zu seiner dauerhaften akademischen Heimat; unweit davon lebt er noch heute mit seiner Frau in einer kleinen Wohnsiedlung auf dem Berg. Einen Ruf an die FU Berlin lehnte Richter ab; einen Ruf an die Universität Regensburg nahm er zunächst an, wickelte ihn nach lokalen hochschulpolitischen Streitigkeiten aber wieder ab; auch die Universität Mannheim erhörte er nicht. Weiter in Saarbrücken, hatte er nach eigenem Bekunden viel Freude daran, gemeinsam mit Ulrich Schlieper und Willy Friedmann ein Lehrbuch der Makroökonomik im Stil der neoklassischen Synthese zu schreiben; es kam 1973 heraus und erlebte etliche Neuauflagen.

Von Saarbrücken entwich Richter regelmäßig zu Gast aufhalten nach Amerika; im Frühsommer 1973 verbrachte er auf Einladung von Richard Musgrave drei Monate an der Harvard University. Dort sammelte er Material für das nächste Lehrbuch, in dem er sich mit der Geldtheorie befasste. Das Thema hatte ihn im Rahmen seiner makroökonomischen Forschung immer schon interessiert, doch nun, nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, war die Debatte über eine notwendige Neuorientierung der Geldpolitik voll im Gange und spannender denn je. „Die Kritik Milton Friedmans an den Keynes’schen Lehren leuchtete mir ein“, sagt Richter, „ich musste kräftig umlernen“. Er war dazu bereit und betrieb das Umlernen mit Verve. Das Buch war schließlich 1987 fertig, und es zeigte überdeutlich an, wo Richters intellektuelle Reise im Folgenden weiter hingehen würde: zur Neuen Institutionenökonomik (NIÖ), der damals noch unorthodoxen und sich als sehr fruchtbar erweisenden Teildisziplin, die mit der Berücksichtigung von Transaktionskosten etliche Traditionen der Neoklassik abräumte oder wenigstens gründ-

lich zu hinterfragen erlaubte. Inspiriert von seinen langjährigen amerikanischen Sparringspartnern, hatte Richter erkannt, dass zum Hintergrund der Geldtheorie auch ein Verständnis des institutionellen Rahmens der Geld- und Finanzmärkte gehört.

Wieder galt es also umzulernen, und Richter stürzte sich mit ansteckendem Enthusiasmus in das Abenteuer – und so wurde er zu einem Pionier der Neuen Institutionenökonomik in Deutschland. Hier entfaltete er eine beachtliche Wirkung, die sich zum Teil auch seiner immerwährenden Vernetzung mit der akademischen Welt Amerikas verdankt. Er pflegte diese schon zu einer Zeit, als der deutsche ökonomische Wissenschaftsbetrieb international mehr oder weniger abgehängt war, und trug dazu bei, die Kluft zu überwinden. Um jedenfalls den „einschneidenden Richtungswechsel in der Wirtschaftstheorie“ mitzumachen, als den er das Aufkommen der Neuen Institutionenökonomik empfand, las Richter fortan alles, was dazu erschien und ihm in die Hände fiel. Er dachte nach, er diskutierte, er schrieb, er reiste immer wieder nach Amerika und trug an angesehenen Universitäten vor – seine Produktivität war beeindruckend. An seinem Lehrstuhl schuf er ein „Center for the Study of the New Institutional Economics“. Zudem knüpfte der mit unternehmerischer Umtriebigkeit und Organisationstalent ausgestattete Theoretiker für die Universität des Saarlandes eine enge Partnerschaft mit der University of Michigan, von der gut 150 Saarbrücker Studenten profitierten.

Regelmäßig konnte Richter mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ausländische Wissenschaftler ins Saarland zu Gastvorlesungen einladen, darunter Ronald Coase, Douglass C. North, James M. Buchanan, Kenneth Arrow, Oliver Williamson, Jean Tirole, Hal R. Varian, Ken Binmore, Wolfgang Stolper und Jan Kmenta. Bald wehte ein Hauch der großen weiten Wissenschaftswelt über den Saarbrücker Campus mit seiner einst zwar bedeutenden, aber damals schon winzigen und dann Ende der neunziger Jahre ganz zum Servicebetrieb der Betriebswirtschaftslehre herabgestuften volkswirtschaftlichen Fächergruppe. Wer indes zu jener Blütezeit der institutionenökonomischen Aktivitäten in der Seminarbibliothek saß und für Klausuren paukte (wie die die beiden Gesprächspartner Richters im vorstehenden Interview), der musste sich nicht wundern, wenn durch das geöffnete Fenster das gepflegte „Plopp-plopp“ hereindrang, das ein künftiger amerikanischer Nobelpreisträger wie Williamson auf dem Tennisplatz nebenan mit Richters Kollegen Dieter Schmidtchen produzierte, einen leidenschaftlichen NIÖ-Mitstreiter.

Die von Richter organisierten internationalen „Wallerfangen-Tagungen“ (1984-1995) und die „Summerschool on

New Institutional Economics“ (1988-1994) für europäische Doktoranden wurden zu einem bedeutenden Forum dieser neuen Forschungsrichtung. Die „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, deren Betreuung Richter 1978 von seinem Lehrer Heinz Sauer mann übernommen hatte, baute er zudem zu einem wichtigen institutionenökonomischen Journal in englischer Sprache um, das er 1986 in „Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)“ umbenannte. Und während seine auf ein Kapitel konzentrierten Ausführungen zur Institutionenökonomik in seinem Geldtheorie-Buch noch ein wenig als Fremdkörper

dahergekommen waren, fand Richter bald auch Gelegenheit zu einer umfassenden Zusammenschau auf das Feld, die er mit seinem Freund Eirik Furubotn von der Texas A&M University verfasste: das erste internationale Lehrbuch „Neue Institutionenökonomik“. Der 1996 erschienene Wälzer, der mit jeder Neuauflage auf nunmehr knapp 700 Seiten anwuchs, wurde in der deutschen wie in seiner englischen Fassung zum Standardwerk, mehrfach in weitere Sprachen übersetzt. Es hat Generationen von Studenten geprägt. (orn.)